

Motion über ein Parteiengesetz als Beitrag zur Sicherung der direkten Demokratie und der demokratischen Qualität

eröffnet am 4. März 2008

Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, gestützt auf § 26 der Luzerner Kantonsverfassung ein Parteiengesetz zu erlassen. Das Gesetz hat Instrumente für eine zeitgemässe Förderung und Finanzierung der Parteien zu regeln, damit diese ihre Aufgabe im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess wahrnehmen können.

Begründung:

Mit der Nennung der Parteien und ihrer Aufgaben in der Kantonsverfassung (§ 26) wird ihnen ein erhöhter Rang zugewiesen. Sie werden als tragende Institutionen des Gemeinwesens anerkannt. Ihr Mitwirken in der Meinungs- und Willensbildung des Volkes wird als grundlegend für die demokratische Funktionsfähigkeit des Staates erachtet. Der Staat hat aufgrund seiner Gewährleistungspflicht für das Funktionieren seiner Institutionen und Verfahren (Willens- und Meinungsbildung, Proporzwahlrecht/Kandidatenauswahl usw.) einen Beitrag zur Parteienförderung und -finanzierung zu leisten. Politik und Parteien haben nicht nur einen Wert, sondern auch einen Preis.

Ein Parteiengesetz soll Elemente der Förderung und der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien enthalten. Massstab für die Höhe der öffentlichen Beiträge müssen die Parteieinnahmen sein, welche sich möglichst aus kleineren Geldbeträgen summieren sollen. Auszuschliessen sind Spenden- bzw. Einnahmenverbote für Parteien. Ein Parteiengesetz hat sich an Maximen der Transparenz und der Sicherstellung eines dynamischen politischen Systems zu orientieren. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Qualität der direkten Demokratie geleistet.

Die heimliche Parteienfinanzierung, wie wir sie hierzulande praktizieren, wird im internationalen Vergleich in den Dunstkreis von Korruption gerückt. Vermutungen und Verdächtigungen, Unsicherheiten und Unterstellungen in politischen Geldangelegenheiten schaden der Reputation der Politik und der Reputation aller am politischen Prozess Beteiligten. So wird unser direktdemokratisches System gefährdet, verliert an Rückhalt in der Bevölkerung und wird destabilisiert.

Gernet Hilmar

Bühler Adrian

Peyer Ludwig

Roos Willi Marlis

Zosso Peter

Duss-Studer Heidi

Höltschi Pius

Wüest Franz

Helfenstein Gianmarco

Dissler Josef

Schönberger-Schleicher Esther

Graf Guido

Chrétien Merz Jeannette

Schaller Patricia

Willi Thomas

Meier Patrick